



#### **Bremer Friedensforum**

Villa Ichon  
Goetheplatz 4  
28203 Bremen

Kontakt: Ekkehard Lentz (V.i.S.d.P.)  
Telefon: + 49 (0) 421 - 39 61 892  
E-Mail: [info@bremerfriedensforum.de](mailto:info@bremerfriedensforum.de)

#### **Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu**

c/o Dieter Winge  
Stubbenener Str. 31  
28239 Bremen

Kontakt: Dieter Winge  
Telefon: + 49 (0) 179 - 379 6615  
E-Mail: [info@bi-oslebshausen.de](mailto:info@bi-oslebshausen.de)

### **OFFENER BRIEF AN DIE ABGEORDNETEN DES PETITIONSAUSSCHUSSES UND DER KULTURDEPUTATION**

## **Kein Bauwerk auf einem Friedhof! Der Status der Kriegsgräberstätte muss bewahrt werden!**

Nach menschlichem Ermessen wurden bis heute nicht alle Leichname des sogenannten „Russenfriedhofs“ aufgefunden. Vermutlich über 300 Leichname liegen weiterhin in der Erde an der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen. Die Überbauung dieser Fläche mit einer Bahnwerkstatt ist vor diesem Hintergrund mehr als fragwürdig.

Nachdem die Exhumierung 1948 nur in Teilen umgesetzt wurde, der Senat den klaren Hinweisen von Harry Winkel und anderen Aktivisten 1992 nicht ernsthaft nachgegangen ist, darf die Untersuchung im Jahr 2022 nicht vorzeitig und in wesentlichen Teilen wieder unvollständig bleiben. Die Frage steht weiterhin unbeantwortet im Raume: Wo sind die 300 vermissten Leichen der NS-Opfer?

Anlass der aufwendigen Grabungen 2021/22 war die Suche nach den über 300 vermissten Leichnamen, die auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ bestattet, jedoch nie zum Osterholzer Friedhof umgebettet wurden. Diese Suche ist nicht abgeschlossen. Es gibt keine andere plausible Erklärung, wo die sterblichen Überreste abgeblieben sind, außer der naheliegenden: Sie sind immer noch an der Reitbrake. Nur eben nicht dort, wo die Landesarchäologie bislang gesucht hat.

Der Archäologe Reinhard Bernbeck hat 2017 die Aussage getroffen, dass „wer Spuren findet und absichtlich verwischt, betreibt Verheimlichung und aktive Komplizenschaft mit denen, die für die Spuren verantwortlich sind: Die Nazi-Täter“. So zitierte Prof. Uta Halle den renommierten Archäologen in ihrem Bericht zu den Grabungen am Gröpelinger Schützenhof.

Wir bitten Sie, unseren offenen Brief sehr aufmerksam und sehr gerne kritisch zu lesen und zu verstehen. Wir wissen, die Materie ist komplex und unsere Ausführungen sind langatmig und sehr detailliert. Die maßgeblichen Sachverhalte lassen sich leider nicht als Twitter-Kurztext komprimieren.

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Deputierte,

Der Bremer Senat hat zu keinem Zeitpunkt das Gespräch mit uns gesucht - im Gegenteil: Unsere Gesprächsangebote wurden ignoriert und wir werden bis heute gemieden und geschnitten.

Zugleich tut man geradezu so, als ob das Bremer Friedensforum und die Bürgerinitiative die sterblichen Überreste zur Reitbrake geschafft hätten, um diesen Sachverhalt gegen den Bau einer Bahnwerkstatt zu instrumentalisieren. Dieser Vorwurf der Instrumentalisierung ist grotesk. Es ist der Bremer Senat, der sich jahrzehntelang nicht um das schreckliche historische Erbe auf diesem städtischen Grundstück gekümmert hat. Und dies, obwohl das Wissen darum im Landesarchiv vorlag.

Es werden weiterhin mindestens 300 vermisste Leichname gesucht, die sich nur hier auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ befinden können.

Die Vorgänge auf der Reitbrake in Oslebshausen haben mittlerweile ein bundesweites Medienecho hervorgerufen. Das Vorgehen des Bremer Senats wird kritisch in der überregionalen Presse verfolgt. Schauen Sie sich unseren Pressespiegel mit mehr als 250 Artikeln, Reportagen und Leserbriefen durch (<https://rb.gy/cp9zco> ).

Wir stellen fest, dass in Bremen:

1. Die Suche nach 300 Opfern eingestellt wird, ohne sich von den Bebauungsplänen zu distanzieren.
2. Das humanitäre Völkerrecht in Bremen nicht ausreichend beachtet wird.
3. Die Würde der Verstorbenen ein weiteres Mal missachtet wird.
4. Die Bebauung mit einer Industrieanlage vor Ethos und Moral gestellt wird.

### 1. Wie die Suche nach 300 Opfern ergebnislos eingestellt wird, ohne sich von den Bebauungsplänen zu distanzieren

Anlass der archäologischen Grabungen war die Suche nach über 300 vermissten Leichnamen. Ein erst 2021 in den Arolsen Archives aufgefundenes Polizei-Protokoll vom 09.05.1946 (<https://rb.gy/ccbeyc> ) hatte den seit Jahrzehnten bestehenden Verdacht nochmals erhärtet. In dem Protokoll, welches Sie sich unbedingt ansehen sollten, werden in Summe ca. 742 Grabstellen sehr akribisch erfasst.

#### **Aufstellung Polizeibericht vom 09.05.1946**

| Pos.                     | Anzahl     | Anzahl<br>(kumuliert) |
|--------------------------|------------|-----------------------|
| 1 Namentlich             | 2          | 2                     |
| 2 Erkennungsmarken       | 217        | 219                   |
| 3 Z-Aufstellung (Z1-Z63) | 63         | 282                   |
| 4 Grabstellen (weitere)  | 460        | 742                   |
| <b>Summe</b>             | <b>742</b> |                       |

Der Bremer Staatsarchivar Prof. Dr. Konrad Elmshäuser führte hierzu im Radio Bremen-Interview aus August 2022 aus (<https://rb.gy/j0nilt> ): „Der [der Polizist] beschreibt den Friedhof dann ganz genau, also auch das, was wir da in dem Luftbild sehen. Das ist also umhegt: so und so und so und so sind Stacheldraht drumherum. Und dann gibt es Reihen, in den Reihen sind die Gräber angelegt, die haben ein Brett jeweils. Auf dem Brett ist die Erkennungsmarkennummer draufgeschrieben von oben nach unten und so nimmt er 217 Erkennungsmarken auf. (...) Und dann schreibt er: Darüber hinaus hat er noch gefunden 61 oder 63 Gräber ohne Markennummern mit einem Z1 bis Z63. Wir gehen fest

davon aus, das sind Zivilarbeiter. Weil es das durchaus gab, dass man gemeinsam bestattet hat. Und auf den Friedhöfen hat man sehr darauf geachtet, dass Militärangehörige und Zivile nicht vermischt in Gräbern liegen. Und dann schreibt er, der Polizist hier: Außer den obigen, mit Nummern versehenen 217 Grabstellen sind noch weitere Gräber mit den Nummern eins bis Z. Weiter befinden sich auf diesem Friedhof noch etwa 460 Grabstellen ohne Kennzeichen. Und das sind die rätselhaften 460. Und die Archäologen sagen, er hat Grabstellen gezählt. Also vorgerasterte Begräbnisstellen, in denen aber nicht Leichen liegen, also noch ungenutzte Grabstellen.“

Prof. Elmhäuser führt aus, dass die vom Polizisten aufgefundenen 460 Grabstellen niemals belegt worden sind. Das ist nicht nur eine gewagte These; es ist klar zu widerlegen. Hier reicht einfache Subtraktion. Nehmen wir die Zahlen des Polizeiprotokolls und ziehen von den 742 aufgefundenen Grabstellen die 460 ab; verbleiben 282 Grabstellen.

Laut der Aufstellung „Friedhof Osterholz Gemeinschaftsgrab – unbekannte Leichen“ (StaB 4,134/2-8) wurden die „446 unbekanntes Leichen (Russen)“ am „5.11.1948 vom Bahndamm in Oslebshausen überführt“.

#### **Aufstellung Friedhofsbuch Osterholz**

| Pos.                              | Anzahl | Anzahl<br>(kumuliert) |
|-----------------------------------|--------|-----------------------|
| 1 unbekanntes Leichen<br>(Russen) | 446    | 446                   |
| Summe                             | 446    |                       |

*Wir fragen: Wie erklärt sich Prof. Elmhäuser, dass aus nur 282 Grabstellen insgesamt 446 – also 164 zuviel - unbekanntes Leichen zum Osterholzer Friedhof umgebettet worden seien?*

*Exkurs:* Nun legt die Aussage von Herrn Prof. Elmhäuser allerdings nahe, dass es in einem bestimmten Abschnitt des Kernfriedhofs von 3.500 Quadratmetern keine Funde von sterblichen Überresten gegeben hätte. Wie würde man sich dies erklären? Eine Erklärung könnte sein, dass die Gartenbauarbeiter 1948 in diesem Bereich sorgfältig und gewissenhaft vorgegangen waren. Eine andere ist, dass die Kalkkonzentration in diesem Bereich nicht hinreichend hoch war, um die Knochen vor einer Zersetzung zu schützen. Die Landesarchäologie hatte berichtet, dass im Boden eine erhöhte Kalkkonzentration vorzufinden ist, die zum Erhalt der aufgefundenen Knochen geführt hat. Diese erhöhte Kalkkonzentration resultiert vermutlich aus dem Löschkalk, der zur Desinfektion bei Bestattung bzw. Exhumierung eingebracht worden war, oder aus Auswaschungen, des auf die Fläche aufgebrauchten Kriegs- und Bauschutts. Wir sind auf die Ergebnisse der Messungen des Kalkgehaltes und der kartografischen Darstellung in Isolinien der Kalkkonzentration sehr gespannt. Denn es ist zu vermuten, dass die Konzentration ungleichmäßig über die Fläche verteilt ist. Demnach könnte es Bereiche geben, in denen die Zersetzung der Knochen zum Abschluss gekommen ist; während die Kalkkonzentration an anderen Stellen zum Erhalt der Knochen ausreichte.

Aber schauen wir uns weiter die Zahlen an:

Das Bremer Friedensforum und die Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu haben in einer sehr zeitaufwändigen und mühevollen Recherche eine Aufstellung zusammengetragen (aktualisierte Fassung: <https://rb.gy/bpslu0>, Fassung September 2021: <https://rb.gy/y7g3xq>). Diese liegt der Landesarchäologie und dem Staatsarchiv in der Fassung vom September 2021 vor. Hierfür wurde in der Online-Datenbank MEMORIAL (<https://obd-memorial.ru/html>) des russischen Verteidigungsministeriums recherchiert. Insgesamt konnten 464 NS-Opfer, die auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ bestattet wurden, namentlich identifiziert werden. Wir haben den Namen Wahrscheinlich-

keiten beigemessen, deren Systematik Sie bitte der Aufstellung entnehmen. Bei 415 NS-Opfern müssen wir mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass sie auf dem „Russenfriedhof“ bestattet worden sind.

#### **Aufstellung BFF und BI**

| Pos.         | Wahrscheinlichkeit | Anzahl     | Anzahl (kumuliert) |
|--------------|--------------------|------------|--------------------|
| 1            | 100%               | 81         | 81                 |
| 2            | 99%                | 317        | 398                |
| 3            | 95%                | 17         | 415                |
| 4            | 70%                | 23         | 438                |
| 5            | 50%                | 26         | 464                |
| <b>Summe</b> |                    | <b>464</b> |                    |

Wir wissen, dass die Datenbank MEMORIAL unvollständig ist und große Lücken aufweist. Wir sehen es beispielsweise daran, dass wir von den 217 Erkennungsmarkennummern des Polizeiberichts nur 169 Personalkarten auffinden konnten. Diesen 169 Personalkarten konnten wir dann auch eine nahezu eindeutige Bestattung der betreffenden Person auf dem „Russenfriedhof“ entnehmen. Aber es fehlen eben auch 48 (22%) Personalkarten in der Datenbank.

Leider wurden uns trotz mehrfacher Bitte die aufgefundenen wohl 203 Nummern der Erkennungsmarken, die von der Landesarchäologie gefunden wurden, nicht zur Kenntnis gebracht. Gerne hätten wir die Nummern mit unseren Quellenfunden abgeglichen. Allerdings hätte jede nicht aufgefundene Erkennungsmarke auch unsere Aufstellung verlängert; dies sollte wohl vermieden werden. Insofern bleibt die Aufstellung der gefundenen Erkennungsmarkennummern alleiniges Wissen der Landesarchäologie.

Aber auch so plausibilisiert die Aufstellung die Angaben des Ortspolizisten. Zumal es sich hier nur um sowjetische Opfer aus deutscher Kriegsgefangenschaft handelt. Von den mutmaßlich zivilen 63 Opfern (Z1 bis Z63) sind in unserer Aufstellung keine enthalten.

Wenn wir uns die Aufstellung genauer anschauen und uns die Sterbedaten vergegenwärtigen, stellen wir Folgendes fest. In der Zeit von November bis Dezember 1941 sind 74 Personen aus der Aufstellung verstorben. Für denselben Zeitraum berichtet der Zahlmeister mit seinem Bericht vom 03.01.1942 von 371 verstorbenen Kriegsgefangenen (<https://rb.gy/ofciot> , Seite 14). Dies bedeutet, dass 297 verstorbene Kriegsgefangene nicht in der Aufstellung enthalten sind.

In der logischen Addition ergibt sich: 415 NS-Opfer (95% Wahrscheinlichkeit), 48 fehlende Opfer der polizeilichen Aufstellung (nicht aufgefundene Personalkarten), wahrscheinlich 297 am Fleckfieber – und daher wahrscheinlich in Massengräbern bestattet – Verstorbene, die nicht in der Aufstellung enthalten sind, sowie die ca. 63 verstorbenen Zivilpersonen ergibt ca. 820 Opfer.

Schauen wir uns nochmals die Aufstellung des Polizeiberichts an. Hierin sind ca. 742 Grabstellen aufgeführt. Wir können mutmaßen, dass die von Dezember 2021 bis Oktober 2022 von der Landesarchäologie aufgefundenen Massengräber mit ca. 65 vollständigen Skeletten nicht in der Aufstellung berücksichtigt wurden. Sie wurden wahrscheinlich nicht berücksichtigt, da der Polizeibericht, keine Angaben zu Massengräbern auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ macht. Demnach wären auf dem Russenfriedhof mindestens 800 Opfer bestattet worden.

**Wir konnten vorstehend auf unterschiedlichen Argumentationswegen eine Opferanzahl von mindestens 800 Opfern, die auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ bestattet wurden, plausibel belegen.**

**Dem stehen nur 446 zum Russenfriedhof umgebettete Opfer sowie 65 nun aufgefundene vollständige Skelette, also 511 zwischenzeitlich exhumierte Opfer gegenüber. Demnach fehlen**

**weiterhin mindestens 300 - wahrscheinlich aber nochmals mehr - Opfer. Von diesen fehlt bislang jede Spur.**

Wo also sind die ca. 300 Leichen abgeblieben? Naheliegend ist, dass die Opfer auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ verblieben sind. Entweder sind die Leichname vollständig auf dem sogenannten Kernfriedhof verwest („Kalkkonzentration“) oder sie haben ihre Begräbnisstätte außerhalb des Kernfriedhofs auf dem Russenfriedhof gefunden. In beiden Fällen bleibt das Gesamtareal des „Russenfriedhofs“ von 20.000 Quadratmetern eine Kriegsgräberstätte, die völkerrechtlich nicht bebaut werden darf.

Wir ziehen noch eine weitere Quelle aus den Arolsen Archives heran: Hierin versucht der „International Tracing Service“ anhand der im Polizeibericht aufgeführten Erkennungsmarkennummern verschollene KZ-Inhaftierte und Kriegsgefangene zu identifizieren. Bemerkenswert ist, dass das Dokument aus dem Jahr 1951 – also drei Jahre nach der Teil-Umbettung des hier sogenannten „Cemetery Bremen – Land Bremen“ - erstellt wurde. Hierin geht der „International Tracing Services“ ebenfalls von 742 Leichnamen entsprechend der Angaben des Polizeiberichts aus: „In the cemetery Bremen, Oslebshäuser Landstrasse also called [sic!] „Russenfriedhof“ are buried 742 corpses of which we know 217 numbers.“ (<https://rb.gy/92sir8> ). Man geht hier also von Körpern („corpses“) aus.

Der „International Tracing Service“ hat ausweislich des Dokuments und wahrscheinlich auch aufgrund der Nähe zu den Lagern (u.a. Lager an der Grambker Mühle) neben sowjetischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auch westeuropäische Leichname auf diesem Friedhof vermutet. Das wäre auch naheliegend, da die Leichen ansonsten hätten durch Bremen transportiert werden müssen. Bemerkenswert ist auch, dass der Friedhof zum damaligen Zeitpunkt mit dem KZ Neuengamme in Verbindung gebracht wurde und hier auch französische NS-Opfer vermutet wurden. Inwieweit diese Recherchen fortgeführt wurden und zu welchen Ergebnissen sie kamen, ist leider nicht bekannt. Hier würden wir uns Aufklärung durch das Staatsarchiv Bremen wünschen. Warum informiert das Staatsarchiv nicht darüber, dass man noch 1951 davon ausging, dass hier auch Franzosen bestattet wurden? Wie verhält sich der französische Bahnkonzern ALSTOM hierzu? Welche neuen Erkenntnisse gab es in den vergangenen Jahrzehnten, dass man nun gesichert davon ausgehen kann, dass ausschließlich sowjetische Leichname hier zu finden sind.

Wir würden auch erwarten, dass das Bremer Staatsarchiv weitere Quellen zur Feststellung der Namen und der Anzahl der in Bremen verstorbenen sowjetischen NS-Opfer erschließt. Hierzu gehören Unterlagen des Bremer Standesamtes und des Finanzamtes. Das Standesamt muss vielfach Totenscheine (Sterbeurkunde, Todesbescheinigung / Art. 76 Genfer Konvention 1929) ausgestellt haben und müsste Kopien hiervon im Archiv verwahrt haben (siehe Hinweis aus Arolsen Archives <https://rb.gy/bejppqk> sowie beispielhaft <https://rb.gy/dxuibw> ). Das Finanzamt war zuständig für die Vergütung der Zwangsarbeiter. Auch dort müssten Aufzeichnungen mit Namen der NS-Opfer im Archiv aufzufinden sein. Welche Anstrengungen wurden bisher unternommen, um weitere Namen zu recherchieren, die auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ bestattet wurden?

Welche Bemühungen wurden vom Staatsarchiv unternommen, um US-amerikanische und ggf. andere alliierte Quellen zum sogenannten „Russenfriedhof“ zu erschließen? Wo z.B. ist die Dokumentation der Exhumierung durch US-Institutionen? Gibt es beispielsweise persönliche Aufzeichnungen von Captain Williams (US Army)? Oder welche Erkenntnisse hatten die „War Crime Investigation Teams“? Was findet sich im „Central Registry of War Criminals and Security Suspects (CROWCASS)“?

Wir sehen hier noch erhebliche Defizite in der Aufarbeitung und Kommunikation der Quellenlage. Ohne diese fundamentale Grundlage ist die Frage nach der Anzahl und der Herkunftsnationen der auf dem Friedhof Bestatteten weiterhin unbeantwortet. Auch die Quellen der Orts- und Laienhistoriker, die sehr interessante und aufschlussreiche Interviews mit Zeitzeugen geführt haben, sind offenbar nicht in die historische Aufarbeitung eingegangen.

*Exkurs:* Wir dürfen dies ergänzen um Zeitzeugenberichte, die zum einen u.a. bei Harry Winkel und zum anderen bei Pastor Hartmut Drewes in den 1980er und 1990er Jahren geführt, auf Tonband aufgezeichnet und transkribiert worden sind.

Da gibt es beispielsweise das Interview mit Herrn Franz vom 25.04.1986. Hierin berichtet Herr Franz u.a.:

„Bei der Mühle, Grambker Mühle, und das Russenlager war so groß, da waren hier, die waren da unten bei den Finkenau, denn waren die ersten an der Heerstraße, aber denn sechs Mann nebeneinander. Die schlafen ja nur, die hatten ja nichts. Die hatten Lappen an und Holtschen, und denn gingen die ja, denn brach wieder einer zusammen, den haben sie denn aufgeladen. (...) Und denn wurde alles aufgespült. Denn war da ein großer Teich, auf dieser Seite, auf der anderen Seite wurde es aufgespült und das Wasser mußte ja ablaufen, denn war hier ein riesengroßer Teich. Da war noch kein Russenlager da. Da war noch nicht eine Baracke, da war noch nichts gebaut. Das war reiner gelber Sand war das da. Und denn machten die hier das Russenlager hin. (...) Denn kamen die Russen da hin. **Ich hab' das ja gesehen, wenn die, da war doch der große Russenfriedhof, da waren doch Massengräber, und wir haben das ja gesehen, so ein Papiersack war das, mit zwei Griffen, und denn machten die immer so, Hau Ruck, und der eine hielt fest, und denn rutschten die raus. Ging alles übereinander, hab' ich gesehen. Da hab' ich auch Zeugen für. (...) Da waren die Gräber alle, zur Bahn hin.** (...) Aber ich konnte sie ja sehen, wenn sie hier vorbei kamen. Da sind jeden Tag soundsoviel gestorben, vor Hunger.“

Oder das Interview mit Elfriede Funke vom 12.11.1986:

„Nein, ich kenne nur, nachher bin ich mit den Kindern da spazieren gegangen, **"Wüste", da war der kleine Friedhof. Kleiner Friedhof, gleich hinter den Häusern vom, waren auch Kreuze dran.**“

Oder das Interview mit Heinrich und Hans Wichert vom 29.04.1986:

„Die mußten das Lager selber aufbauen, und denn kamen Serben, also Jugoslawen dazu, und denn kamen Russen, das wurde abgeteilt. Die Serben und die Franzosen für das Rote Kreuz von der Schweiz. Nur die Russen kriegten nichts. **Die sind massenweise krepirt. Haben wir ja selber gesehen. Wenn sie die morgens mit einem Wagen zum Bahndamm geschleppt haben, da war ja so ein Russenfriedhof, am gelben Sand. Da wurde denn nur eine Grube ausgehoben, reingekippt und denn kam da so ein Knüppel rauf, mit einer Nummer und jeden Morgen konnte man sehen.** (...) Die sind nachher alle umgebettet worden nach dem Friedhof. Wir sind denn rangegangen an die Lager, die haben da ein Spülfeld gehabt und haben das Lager eingedeicht praktisch, und **denn sind wir als Kinder dahin und haben da überwegeguckt, und denn lagen zum Teil da die Leichen hinter der Baracke.** Vor allen Dingen im Winter. In dem strengen Winter konnten sie die ja nicht beerdigen. (...) Genau an der Bahn war das. Da waren ja früher die Kleingärtner, Ackerland, und denn ging da so eine Böschung hoch, und da haben sie so ein Tor mit diesem komischen Kreuz, dies russische Kreuz, ein gerades und ein schräges. Das hatten sie kurz eingezäunt, und denn waren das nur so Sandhügel mit Holzlatten drauf. (...) **Die kamen auch zu dritt und zu viert übereinander rein, und dann haben sie ja weiter ausgebaut,** die Fremdarbeiter, bis über die Riedemannstraße überweg, wo die alte Mühle war.“

Dieser kurze Ausschnitt von Interviews zeigt, wie die Gröpelinger den Hunger- und Kältetod vieler sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener erlebt haben. Auch beschreiben die Interviews, wie die Opfer in Massengräber bestattet wurden. Leider ist die Generation der Zeitzeugen nahezu ausgestorben. Keinesfalls aber darf das Wissen von den Verbrechen nochmals verloren gehen.

**Wir wissen von Massengräbern, deren Anzahl über die bereits gefundenen hinausgehen dürfte und wir wissen, dass wir von mindestens 800 Leichnamen aus Russland, Ukraine, Belarus und weiteren Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ausgehen müssen. Damit wissen wir ferner mit großer Wahrscheinlichkeit, dass sich noch mindestens etwa 300 Leichname auf der Fläche an der Reitbrake befinden.**

## 2. Wird das internationale humanitäre Völkerrecht vom Bremer Senat ausreichend beachtet?

Wir haben uns frühzeitig mit Experten des Völkerrechts in Verbindung gesetzt und sie gebeten, Fragen zum Status des sogenannten „Russenfriedhofs“ sowie archäologischen Grabungen und deren voraussichtlichen Ergebnissen zu beantworten.

Die von der Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie dem Senator für Kultur angeordneten Grabungen waren von Beginn an mit dem Ziel angeordnet worden, den Weg für eine Bebauung mit einer Bahnwerkstatt freizumachen. Dass eine solche Fülle an Funden zutage gebracht werden würde, war nicht zu erwarten. Der Umstand, dass der Boden durch Löschkalk und den Kalkeintrag aus dem aufgebrauchten Bau- und Kriegsschutt stellenweise eine so hohe Konzentration aufweist, die Knochen konserviert, war überraschend.

Insofern war die der Landesarchäologie zugeordnete Aufgabe, ursprünglich lediglich zu zeigen, dass sich hier nichts mehr finden ließe. Aus diesem Grund war uns folgende Frage besonders wichtig: Endet das völkerrechtlich verbürgte „dauernde Ruherecht“ sobald der Verwesungsprozess abgeschlossen ist?

Wir haben ein Set von acht Fragen zwei Völkerrechtlern von Weltruf gestellt. Die Völkerrechtler sind Prof. Dr. Robert Heinsch von der Universität Leiden (Profil: <https://rb.gy/pzje0> ) und Prof. Dr. Thilo Marauhn von der Universität Gießen (Profil: <https://rb.gy/aqas04> , <https://rb.gy/o4bakd> ). Prof. Marauhn ist zudem Präsident der Internationalen humanitären Ermittlungskommission (<https://rb.gy/yjzily> ). Diese Völkerrechtler und ihre Mitarbeiter sind über jeden Zweifel erhaben und vollkommen unabhängig. Keinesfalls würden sie ihre exzellente Reputation für ein Gefälligkeitsgutachten gefährden. Die Fragen wurden durch ihre Lehrstühle bzw. ihre International Humanitarian Law Clinics beantwortet. Die Antworten wurden jeweils persönlich von ihnen freigegeben.

Die beiden sehr lesenswerten Dokumente finden Sie hier. Nehmen Sie sich bitte die Zeit und lesen Sie diese Gutachten aufmerksam durch und machen Sie sich Ihr eigenes Bild:

Kurzgutachten zu Russischen Kriegsgräbern in Bremen und den Anforderungen des humanitären Völkerrechts und der Genfer Abkommen

Kalshoven-Gieskes Forum on International Humanitarian Law, Leiden University, Netherlands

Von Frau Lena Riecke, BA (Hons) Law (Cambridge), Mitarbeiterin bei Assoz. Prof. Dr. Robert Heinsch, LL.M.

(<https://rb.gy/i4ldag> )

Report on the mass grave for Soviet prisoners of war and forced labourers in Oslebhausen on the site of the planned railway workshop

Franz von Liszt Institute Working Paper 2021/03, IHL Clinic

Sera Cintemur, Emilija Dimitrijevic, Amelie Könemann, Aspasia Marinaki, Natalie Monden, Oleksii Mutsyki, Wilhelm Terporten, Justin Tieke, Eda Yavuz

Barry de Vries (Hrsg.), Mit einem Vorwort von Thilo Marauhn

(<https://rb.gy/a0osii>)

Beide Gutachten kommen zu dem Schluss, dass es sich bei der Fläche an der Reitbrake

1. um eine Kriegsgräberstätte handelt und
2. eine Bebauung mit einer Bahnwerkstatt gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen würde.

Die Gutachten liegen dem Bremer Senat vor. Unseres Wissens hat sich fachlich niemand im Justizressort mit den Gutachten ernsthaft befasst. Man überlässt es Prof. Elmshäuser als Historiker und – bei allem Respekt – in Hinsicht auf das internationale Völkerrecht ohne ausreichende Fachkenntnis, die Gutachten einzuordnen (<https://rb.gy/j0nilt>). Das ist u.E. keine ausreichende Prüfung der völkerrechtlichen Einordnung der Situation.

**Auch beruft sich der Bremer Senat auf eine – uns unbekannt und bisher auch nicht veröffentlichte - Beschlusslage aus 1948, nach der die Kriegsgräberstätte aufgehoben worden sei. Dieser Beschluss hat – insbesondere angesichts der Funde von nun 65 vollständigen Skeletten – keine rechtliche Relevanz mehr. Die Juristen der Senatskanzlei sollten wissen, dass das Völkerrecht Verfassungsrang hat und Bestandteil des Bundesrechts ist (1. lex-posterior-Grundsatz; 2. Grundgesetz Art. 25 ("Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes."); 3. Rechtsgrundsatz "Bundesrecht bricht Landesrecht"). Demnach bleibt es dabei: Aufgrund der offenbaren Funde von 14.000 Knochen- und Knochenteilen, einer ungenannten Anzahl von Schädeln und 65 vollständigen Skeletten qualifiziert die Fläche an der Reitbrake völkerrechtlich als Kriegsgräberstätte. Ein etwaiger Beschluss des Bremer Senats (wäre auch kein Gesetz) oder der Bremischen Bürgerschaft aus 1948 ist irrelevant.**

**Es ist Ihre Pflicht als Abgeordnete, sich zumindest eine unabhängige Meinung einzuholen.** Diese sollte nicht durch die Senatskanzlei oder das Ressort der Justizsenatorin beeinflussbar sein. Die Bremische Bürgerschaft müsste im Sinne einer „Good Governance“ diese unmittelbar und unabhängig beauftragen.

### 3. Wird die Würde der sterblichen Überreste ein weiteres Mal missachtet?

Bürgermeister Bovenschulte spricht von einer würdevollen Bestattung. Und, dass es diese nur auf dem Osterholzer Friedhof geben könnte. Sie müssen sich bitte vergegenwärtigen, dass die Bestattung an der Reitbrake – auch wenn sie nicht den Genfer Konventionen entsprach – für eine Anzahl von Opfern würdiger war, als das Ergebnis der Umbettung im Jahr 1948.

Bei der Erst-Bestattung auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ gab - bis auf fünf Ausnahmen - nicht, wie in den Genfer Konventionen festgeschrieben, einen Sarg. Aber es gab für eine Anzahl von Opfern zumindest ein Einzelgrab, und für 219 Tote wurde zumindest die Nummer der Erkennungsmarke bzw. Namen und Sterbedaten auf dem Holzkreuz vermerkt. Damit wäre eine Identifikation der Leichname nach dem Krieg möglich gewesen.

Warum und wann der Friedhof überspült wurde und, ob zu diesem Zeitpunkt die Holzkreuze noch aufstanden, ist ungewiss. Wir wissen nur, dass dies im Nachgang zur Erstellung des Polizeiberichts vom 09.05.1946 – also schon zu Friedenszeiten und unter US-Militärregierung - geschehen sein muss.

Dann muss es zu einer Überspülung des „Russenfriedhofs“ gekommen sein. Wer diese angeordnet hat und warum diese durchgeführt wurde, müsste das Staatsarchiv aufklären. In jedem Fall ist auch dies ein Skandal, der zu Friedenszeiten unter der US-Militärregierung passierte.



Zweieinhalb Jahre später im November 1948 wurde die Exhumierung von Mitarbeitern des Gartenbauamtes vorgenommen. Zur selben Zeit hatte der „Kalte Krieg“ mit der Berlin-Blockade durch die Sowjetunion seinen ersten Höhepunkt erreicht. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Sowjetunion nicht in den Beschluss zur Exhumierung und Umbettung der Leichname und der Aufhebung des „Russenfriedhofs“ eingebunden war.

Allerdings dürfte die Exhumierung und Umbettung unter US-Militärregierung akribisch dokumentiert worden sein. Wir erinnern uns, dass noch 1951 der „International Tracing Service“ auch westeuropäische NS-Opfer auf der Fläche an der Reitbrake vermutete. Es wäre die Aufgabe des Staatsarchivs, diese Dokumentation – vermutlich in US-Archiven hinterlegt - zu recherchieren und zu veröffentlichen. Es wären wertvolle Dokumente, die die Umstände, Ziele, Grundlage und Vorgehensweise der Exhumierung beschreiben würden.

Aufgrund der archäologischen Grabungen durch die Bremer Landesarchäologie steht heute zweifelsfrei fest, dass es sich lediglich um eine Teil-Exhumierung gehandelt hat. Die doch allzu euphemistische Beschreibung als „unvollständige Exhumierung“ scheint Teil einer Strategie der Senatskanzlei zu sein und wird den Tatsachen bei weitem nicht gerecht.

Auch besteht die gesicherte Erkenntnis, dass die Gartenbauarbeiter keinesfalls zimperlich, sondern mit roher Gewalt die Körper aus ihrem Einzelgrab gerissen haben. Hierbei blieben Füße, Hände sowie teilweise ganze Brustkörbe und sogar eine bislang ungenannte Anzahl von Schädeln zurück. Nach eigenen Angaben hat die Landesarchäologie insgesamt über 14.000 Knochen und Knochenteile gefunden.

Und die Zweit-Bestattung auf dem Friedhof in Osterholz war keinesfalls „würdiger“ als auf dem sogenannten „Russenfriedhof“. Denn hier wurden die nun auseinandergerissenen Leichname in eine große Grube – einem Massengrab - geworfen und „bestattet“. Ob es eine würdige Trauerstunde und einen Gottesdienst aus diesem Anlass gab, ist uns bislang nicht bekannt.

Doch damit nicht genug. Nicht nur die 300 Leichen auf der Kriegsgräberstätte an der Reitbrake wurden von der Bremer Verwaltung vergessen; auch die umgebetteten Leichname auf dem Friedhof in Osterholz fielen dem Vergessen anheim. Wir mussten feststellen, dass das Bremer Umweltamt gegenüber der Russischen Föderation und allen anderen sowjetischen Nachfolgestaaten falsch Zeugnis in einem hochoffiziellen amtlichen und gesiegelten Dokument abgelegt hat. In der Registerkarte vom 27.02.2012 findet sich keines der 446 aussagegemäß nach Osterholz umgebetteten Opfer (<https://rb.gy/zkxyol> ). Damit erhöht sich die Zahl der nach Osterholz umgebetteten sowjetischen Opfer signifikant von 793 auf 1.239. Wie konnte es dazu kommen? Und wie würdig ist das Gedenken an Opfer, wenn sie in einem derartigen Dokument von offizieller Seite schlicht vergessen werden?

Weiterhin fragen wir uns, ob die archäologischen Ausgrabungen nicht viel zu überstürzt initiiert wurden und ob die Motivation nicht einzig und allein die Freimachung der Fläche von etwaigen sterblichen Überresten galt, um die Bahnwerkstatt von ALSTOM zu ermöglichen. Zunächst bedarf es aufgrund des Deutsch-Russischen- und des Deutsch-Ukrainischen-Kriegsgräberabkommens „zwingender öffentlicher Gründe für eine andere Verwendung“, dass Exhumierungen und Umbettungen durchgeführt werden dürfen (Artikel 4 Absatz (3) der einschlägigen Abkommen). Dies ist hier nicht der Fall. Schließlich hat die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) in Abstimmung mit Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) in ihrer Ausschreibung die Standortsuche und -auswahl als privatwirtschaftliche und eben nicht öffentliche Aufgabenstellung des Aufgabenträgers deklariert (<https://rb.gy/tp0tr5> ).

Vor allem aber wurden die sich ergebenden Konsequenzen aus der tatsächlichen Religion der Toten nicht im Vorfeld eruiert und mit den jeweiligen Religionsvertretern in Bremen abgestimmt. Hierzu gehören die Vertreter der unterschiedlichen russisch-orthodoxen, der jüdischen und der muslimischen Konfessionen. Da viele Kriegsgefangene mutmaßlich aus der Region zwischen den baltischen Staaten und dem Schwarzen Meer stammten – dem sogenannten jüdischen

Ansiedlungsrayon (<https://rb.gy/byhelr>) – müssen wir davon ausgehen, dass 10 bis 20% der sowjetischen Kriegsgefangenen jüdische Rotarmisten waren. Ein würdevoller Umgang mit den Toten und ihrer sterblichen Überreste hätte es unseres Erachtens erforderlich gemacht, dass die Fachleute sich im Vorfeld über diese Aspekte Gedanken gemacht hätten. Darauf abzustellen, dass ein jüdischer Rotarmist einem deutschen Wehrmachtssoldaten bei der Erfassung der Personalkarte seine wahre Religion offenbart, ist weltfremd und eine für Historiker fahrlässige Schlussfolgerung.

Wir kommen zurück auf die weiterhin vermissten etwa 300 Leichname: Sollten Sie als Abgeordnete einer sachwidrigen Aufhebung des Status als Kriegsgräberstätte zustimmen und sollten Sie damit den Weg für ein Planfeststellungsverfahren ebnen, so tragen Sie als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft dazu bei, dass die Würde dieser 300 ein weiteres Mal missachtet wird. Nicht, dass es nicht schon schlimm genug wäre, dass damit die Überbauung einer durch das internationale Völkerrecht geschützten Kriegsgräberstätte ermöglicht wird. Sondern vor allem, weil Sie dem Konzern ALSTOM, dem Nachfolgeunternehmen deutscher Schienenfahrzeugunternehmen, die durch Zwangsarbeit und den Einsatz ihrer Waggons und Triebfahrzeuge von der Deportation und den Massenverbrechen des NS-Regimes profitiert haben, den Bau ausgerechnet einer Bahnwerkstatt ermöglichen würden.

Nehmen Sie sich als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft bitte ein Vorbild an dem bürgerlichen und politischen Engagement in Hamburg (Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof – Auschwitz-Komitee, <https://rb.gy/qsduqc>) und Frankfurt (Zur Diskussion über Tanzveranstaltungen auf der Erinnerungsstätte Frankfurter Großmarkthalle, <https://rb.gy/cnrzvi>). Hier sind Bevölkerung, Presse und Politik kritisch mit entwürdigenden Nutzungen an Orten, an denen nationalsozialistische Verbrechen begangen wurden, umgegangen. Wir fragen uns: Warum sind die Bremer, die bremische Politik und die Medien hier offenbar gleichgültig?

**Da weiterhin 300 NS-Opfer nicht aufgefunden wurden und niemand jemals zweifelsfrei feststellen kann, dass alle jemals bestatteten Opfer exhumiert und umgebettet worden sind – abhängig von der Kalkkonzentration kann es sein, dass Leichname auch auf dem Kernfriedhof bereits vollständig verwest und zersetzt sind -, wäre jede Bebauung eine Missachtung von NS-Opfern. Die Verantwortung für diese Situation trägt allein die Stadt Bremen, die es in den Jahren nach dem Krieg fahrlässig versäumt hat, würdevoll mit den NS-Verbrechen an diesem Ort umzugehen. Insofern muss die Stadt Bremen nun auch die ethischen, moralischen und rechtlichen Konsequenzen tragen.**

#### 4. Wie in Bremen die Ansiedlung einer Bahnwerkstatt vor Ethos und Moral gestellt wird

Der Bremer Senat hat bereits viel zu viel Zeit mit dem Festhalten an diesem Standort trotz seiner historischen Brisanz vertrödelte und muss sich nun ernsthaft und schnell um Standort-Alternativen kümmern. Zumal dieser Standort aufgrund der bisherigen Funde keiner gerichtlichen Prüfung des Planfeststellungsverfahrens standhalten wird.

Uns wird vorgeworfen, wir instrumentalisierten die Toten der Reitbrake. Lassen Sie uns rhetorisch fragen: Haben wir etwa die 65 Leichname dort hingebachtet? Nein! Haben wir die 14.000 Knochenfunde, unzähligen Schädel und 203 Erkennungsmarken dort platziert? Nein! Hätte man die sterblichen Überreste ohne unser Engagement gefunden? Nein!

Es ist das Versäumnis der Bremer Landesregierungen seit 1945 nicht würdevoll und angemessen mit diesem Ort umgegangen zu sein. Und es ist das Versäumnis der jetzigen Regierung noch immer nicht die Kraft und Courage zu haben, es endlich zu tun. Es kann nur eine ethisch und moralisch richtige Entscheidung geben! **Die Reitbrake ist eine Kriegsgräberstätte, und sie und ihre Umgebung sind freizuhalten von allen Anlagen, die mit der Würde dieser Stätte nicht vereinbar sind.** Das bedeutet, der Bremer Senat muss sich endlich um einen alternativen Standort für die Bahnwerkstatt kümmern.

Der Bremer Senat hätte diesen Standort niemals für diese Nutzung anbieten dürfen. Und er hätte es auch nicht getan, wenn er seiner Verpflichtung als Grundstückseigentümer und höchste staatliche Autorität nachgekommen wäre.

**Zugleich gerät Ihnen als Abgeordnete bei der ganzen Begeisterung für die archäologische Arbeit das eigentliche Ziel der Grabungen, das Auffinden der 300 vermissten NS-Opfer, aus dem Fokus.**

Dies wird noch durch das öffentlich formulierte Grabungsziel unterstützt, dass man den Opfern ihre Identität zurückgeben wolle. Wäre das der Ernst der Bremer Landesregierung, so hätte man sich

1. mit der Aufstellung der 464 Opfer des „Russenfriedhofs“ des Bremer Friedensforums und der Bürgerinitiative intensiv und ernsthaft auseinandergesetzt und man würde
2. ernsthaft eine archäologische Untersuchung des Massengrabs auf dem Osterholzer Friedhof in Erwägung ziehen.

Doch beides tut man nicht und hat hierfür sicherlich auch gleich gute Argumente zur Hand, warum es wohl nicht ginge. Beispielsweise, weil man die Totenruhe, der auf dem Osterholzer Friedhof Bestatteten, nicht stören wolle. Der Widerspruch sollte jedem offenbar sein.

Bürgermeister Bovenschulte versicherte, dass die Themenkomplexe „Russenfriedhof“ und Bahnwerkstatt streng getrennt voneinander behandelt werden würden. Wir entgegneten, dass dies schwerlich möglich sein dürfte und wurden dafür gescholten. Tatsächlich hat der Bürgermeister über die vergangenen 16 Monaten im Geheimen genau diese Frage, ob die Kriegsgräberstätte mit einer Bahnwerkstatt bebaut werden könnte, mit den betroffenen Staaten trotz des Russland-Ukraine-Kriegs verhandelt.

Frau Prof. Halle positionierte sich bei Buten un Binnen und sagte: „Meine ganz persönliche Meinung ist, **da Bremen wenig Platz hat** für eine solche Bahnwerkstatt, und weil das hier der Platz ist, den die Nationalsozialisten für diesen Friedhof ausgesucht haben, bin ich der Meinung, dass die Toten besser auf dem Ehrenfriedhof in Osterholz aufgehoben sind.“ (<https://rb.gy/20zp9c> )

Offenbar geht auch Frau Prof. Halle davon aus, , dass es keinen alternativen Standort für die Bahnwerkstatt gibt. Dabei liegt SKUMS seit langer Zeit eine detaillierte Planung für die Einrichtung einer Bahnwerkstatt in der Oldenburger Kurve vor (<https://rb.gy/bfwpki> ).

Wir gehen weiterhin davon aus, dass auf Frau Prof. Halle unglaublicher Druck seitens des Bremer Bürgermeisters ausgeübt wird und sie daher nicht mehr unabhängig zu einer Empfehlung kommen kann. Wir können uns ihre „persönliche Meinung“ nicht anders erklären. Noch im Jahr 2020 hat sich Frau Prof. Halle unmissverständlich und positioniert. Damals sollten Garagen auf dem Schützenhof-Gelände abgestellt werden. Der Schützenhof war ein Außenlager des KZ Neuengamme. Frau Prof. Halle damals: „**Ich finde es moralisch verwerflich**, fast auf den Tag genau 75 Jahre nach der Befreiung dieser KZ-Außenstelle hier von einem Bauvorhaben zu sprechen.“ (<https://rb.gy/h4ysar> , <https://rb.gy/pezvr8> ).

Auch in dem Abschlussbericht zu den archäologischen Untersuchungen beim Schützenhof führte Frau Prof. Dr. Halle folgendes aus: „Der Archäologe Reinhard Bernbeck hat 2017 die Aussage getroffen, dass „**wer Spuren findet und absichtlich verwischt, betreibt Verheimlichung und aktive Komplizenschaft mit denen, die für die Spuren verantwortlich sind: Die Nazi-Täter**“. Die Landesarchäologie hat die im Boden vorhandenen Strukturen wieder mit Erde überdeckt, nicht um die Spuren zu verwischen, sondern um sie weiterhin zu schützen. Die Behörde plant zudem, die Grünfläche mit den Fundamenten des alten „Schützenhofs“ und denen der Häftlingsbaracke 3 als Bodendenkmal auszuweisen. Damit wären sowohl die Relikte einer über 100 Jahre alten Sport- und Vergnügungsstätte als auch eines politisch unbequemen Denkmals geschützt. Die Unterschutzstellung dieses Komplexes verdeutlicht den Denkmalwert des Geländes und wird so dem öffentlichen und wissenschaftlichen als auch dem Interesse der Eigentümer und Nutzer gerecht. Das Bremer Denkmalschutzgesetz, das keine zeitliche Begrenzung kennt, schafft es diesen mittlerweile

bekannteren Lagerstandort abzugrenzen und auszuweisen und ihn somit besser gegen Überbauung zu schützen."

Wir fragen: Wie ist dieser Sinneswandel bei Frau Prof. Halle zu erklären?

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch darauf, dass Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz in der Sitzung der Kulturdeputation vom 02.12.2021 folgendes sagte: **„Es ist vollkommen klar, sollte tatsächlich ein vollständiges Skelett gefunden werden, ist die Lage eine anders zu bewertende. Das wissen wir alle. Das hat auch der Bürgermeister in Veranstaltungen gesagt.“** Mittlerweile wurden 65 vollständige Skelette gefunden. Warum erinnert sich die Kulturstaatsrätin und der Bremer Bürgermeister nun nicht mehr an ihre klaren und unmissverständlichen Aussagen?

**„Good Governance“ verlangt in einer derartigen Situation nach einer vollkommen unabhängigen Expertenkommission. Der Bremer Senat und die Verwaltung aber auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sind viel zu verstrickt. Schließlich geht es um viel Geld, zukünftige Mittelzuweisungen, Karrieren, Reputation und um eine historische Schuld. Keiner der jetzigen Akteure – auch wir als Bremer Friedensforum und als Bürgerinitiative nicht – ist unabhängig. Sie als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft sollten Sorge dafür tragen, dass hier „Good Governance“ zum Tragen kommt und endlich eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt wird. Diese sollte sich aus Historikern, Ethikern, Religionswissenschaftlern und Völkerrechtlern zusammensetzen.**

Auf einen Aspekt müssen wir noch eingehen. Es ist die Schuld der Stadt Bremen. An anderer Stelle, tritt die Stadt Bremen sehr fordernd beispielsweise gegenüber dem Unternehmen Kühne & Nagel auf, endlich die Unternehmensgeschichte aufzuarbeiten und die Schuld aus der NS-Zeit einzugestehen, sei es monetär, sei es ideell, sei es symbolisch. Beim sogenannten „Russenfriedhof“ sollten zumindest dieselben Maßstäbe der historischen Aufarbeitung und des Umgangs mit der Schuld Anwendung finden. In den bisherigen Verlautbarungen gab es keine Entschuldigung der Stadt Bremen für diese historische Schuld. Auch eine fundierte geschichtswissenschaftlich Aufarbeitung der Vorgänge ist uns nicht bekannt. Warum nicht?

Sie müssen bitte als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft sehen, dass

1. der Bremer NS-Bausenator Fischer aus rassistischen Beweggründen eine Bestattung der sowjetischen Opfer auf städtischen Friedhöfen untersagt hat und er daher den sogenannten „Russenfriedhof“ mit 20.000 Quadratmetern als zentralen Friedhof in Bremen für die Ostarbeiter gewidmet hat;
2. der Bremer Bausenator als sogenannter „Unternehmer“ sowjetische Kriegsgefangene angefordert hat, damit diese im Straßenbau Sklavenarbeit unter unmenschlichen Bedingungen leisteten (siehe Vortrag: Sowjetische Kriegsgefangene in Bremer Arbeitskommandos 1941-1945: <https://rb.gy/j1c7ws>; allein diesem durch die Stadt Bremen veranlassten Arbeitseinsatz sind zumindest die 371 am Fleckfieber im November/Dezember 1941 verstorbenen Menschen zuzuordnen;
3. aufgrund der nun vorliegenden Funde, es wahrscheinlich sein dürfte, dass eben ein großer Teil dieser Toten in den erst kürzlich aufgefundenen Massengräbern bestattet wurden, die 1948 nicht exhumiert wurden; über 75 Jahre fand auf den Gräbern gewerblicher Betrieb statt;
4. die Stadt Bremen für die barbarische Teilsexhumierung verantwortlich ist, die keinesfalls den Genfer Konventionen genügte und überdies zu einer weiteren Verschlechterung der Qualität der Bestattung führte; insofern kann die Bestattung auf dem Osterholzer Friedhof in einem riesigen Massengrab keinesfalls als würdige Bestattung anerkannt werden;

5. die Stadt Bremen in über 75 Jahren ihrer Sorgfaltspflicht im Umgang mit den Toten und der historischen Schuld nicht nachgekommen ist: Selbst die 446 Toten auf dem Osterholzer Friedhof wurden in der Aufstellung hochoffizieller Dokumente vergessen;

6. die Stadt Bremen erst aktiv wurde, als es darum ging, die Voraussetzungen für den Bau einer Bahnwerkstatt zu schaffen; andernfalls wäre die archäologische Grabung wahrscheinlich keinesfalls in dieser Geschwindigkeit und der finanziellen Ausstattung vom Bremer Senat ermöglicht worden.

Die zwei durch die Bremische Bürgerschaft zu beantwortenden Fragen

**Zwei wichtige Fragen sind von Ihnen als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft zu beantworten:**

1. Sollen die sterblichen Überreste der a) vollständigen Leichname und der b) Knochen und Knochenteile auf der Reitbrake wiederbestattet oder auf dem Osterholzer Friedhof bestattet werden?
2. Ist die Reitbrake eine Kriegsgräberstätte und damit auch ein Bodendenkmal, welche von allen Anlagen, die mit der Würde der Stätte nicht zu vereinbaren sind, freizuhalten ist? Angesichts der Faktenlage um die immer noch vermissten 300 Leichname kann diese Frage formal nur bejaht werden.

## Unsere Forderungen

Zusammenfassend bleiben wir bei unseren vorstehend begründeten Forderungen. Wir bitten Sie, sich als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft dem anzuschließen.

### **Wir fordern vom Bremer Senat und der Bremischen Bürgerschaft:**

1. Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission.
2. Fortsetzung der Suche nach über 300 vermissten Leichnamen.
3. Ausweitung der Suche auf Gesamtfläche (20.000 Quadratmeter).
4. Veröffentlichung der Fotos, die Nazi-Verbrechen dokumentieren (u.a. Massengräber) in den Medien – keine Zensur. Der Leitfaden "Umgang mit menschlichen Überresten in Museen und Sammlungen" (<https://rb.gy/xmhgnp>) ist hier per Definition nicht anzuwenden.
5. Entscheidung Verbleib vs. Umbettung frühestens nach Abschluss der wissenschaftlichen Auswertungen.
6. Historische Aufarbeitung zu „jüdischen Rotarmisten“.
7. Zusammenarbeit mit Bremer Friedensforum und Bürgerinitiative.
8. Einrichtung Mahn- und Gedenkstätte mit Informationszentrum auf der Kriegsgräberstätte.
9. Freihaltung der Umgebung der Kriegsgräberstätte von allen Anlagen, die mit der Würde dieser Stätte nicht vereinbar sind.
10. Sicherung eines alternativen Standorts für die Bahnwerkstatt.

Mit freundlichen Grüßen

Ekkehard Lentz

Dieter Winge